ANTRAG

auf staatliche Anerkennung als Einrichtung der Weiterbildung gemäß § 7 Absatz 1 der Weiterbildungslandesverordnung (WBLVO M-V)

Hiermit wird die staatliche Anerkennung als Einrichtung der Weiterbildung nach § 6 Absatz 1 Weiterbildungsförderungsgesetz (WBFöG M-V) vom 20. Mai 2011 (GVOBl. M-V S. 342) beantragt.

---

1. Name des Trägers: _____

   _____

   Anschrift des Trägers: _____

   _____

2. Rechtsform des Trägers:

   Die Einrichtung befindet sich in

   ☐ öffentlicher

   oder in

   ☐ freier Trägerschaft.

   Bezeichnung der Rechtsform: _____

   Nummer der Eintragung in das Vereins- oder Handelsregister des zuständigen Amtsgerichts: _____

   2.1. Name und Anschrift der Einrichtung, für die die Anerkennung beantragt wird:

   _____

   _____

   _____

   _____

   Telefon-Nr.: _____ Telefax: _____

   E-Mail: _____

   Bezeichnung der Rechtsform: _____

   Nummer der Eintragung in das Vereins- oder Handelsregister des zuständigen Amtsgerichts: _____

Die Einrichtung ist eine betriebseigene Bildungsstätte, welche ausschließlich Weiterbildung für eigene Betriebsangehörige anbietet:
NEIN ☐ JA ☐

Die Einrichtung führt überwiegend Maßnahmen im Bereich der beruflichen Weiterbildung durch:
NEIN ☐ JA ☐

Die Einrichtung ist überwiegend im Bereich der freizeitorientierten Bildung tätig:
NEIN ☐ JA ☐

2.2. Die Einrichtung unterhält folgende Nebenstellen, für die ebenfalls die Anerkennung beantragt wird:

Name: _____

_____

Anschrift: _____

_____

3. Vertretungsberechtigte Person/en:

Die Vertretung

☐ ist durch Rechtsgeschäft erteilt (Rechtsgeschäft bitte beifügen)

oder

☐ ergibt sich aus gesetzlichen Bestimmungen.

Name, Vorname: _____

Geb.-datum und -ort: _____

4. Die antragstellende Einrichtung verfügt über folgendes gültiges, anerkanntes Qualitätsmanagement-Zertifikat nach § 4 Absatz 1 WBLVO M-V (als Anlage beifügen):

_____

Dieses ist gültig bis zum: _____

5. Der Träger bekennt sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und gewährleistet eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit (§ 6 Absatz 1 Satz 2 WBFöG M-V).

6. Hiermit wird erklärt, dass die Einrichtung im Einklang mit bestehenden Gesetzen steht und ihre Maßnahmen auf Basis der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland definierten Wertordnung durchführt.

7. Hiermit wird erklärt, dass alle vorstehenden Angaben und die dem Antrag beigefügten Unterlagen vollständig sind und der Wahrheit entsprechen.

8. Hiermit wird erklärt, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor Beginn der Veranstaltung über die Inhalte zur Gewährleistung des Teilnehmendenschutzes gemäß § 6 WBLVO M-V unterrichtet werden.

9. Hiermit wird das Einverständnis erklärt, dass die gemachten Angaben einschließlich personenbezogener Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen durch die zuständigen Behörden gespeichert werden.

Ort, Datum Unterschrift(en) vertretungsberechtigter Person(en)

Dem Antrag sind nachfolgend aufgeführte Unterlagen als Anlagen beizufügen:

1. die Satzung bzw. der Gesellschaftsvertrag sowie ein Auszug aus dem amtlichen Register,
2. Nachweis eines gültigen, anerkannten Qualitätsmanagement-Zertifikates § 4 Absatz 1 WBLVO M-V,
3. ggf. ein Nachweis der Gemeinnützigkeit.